

## **Chancen und Hemmnisse für einen demokratischen Neubeginn**

Anhand einer im September 1945 gehaltenen Rede war das Ziel der Aufgabe, die Chancen und Hemmnisse zu Beginn der alliierten Deutschlandpolitik in den ersten Monaten nach Kriegsende zu erläutern. Die Pläne der Alliierten zum Aufbau demokratischer Verhältnisse waren bereits öffentlich formuliert. Chancen und Hemmnisse sind daher vorrangig auf die innerdeutschen Verhältnisse bezogen darzustellen.

Die Chancen liegen vor allem in der Entscheidung der Alliierten, in Deutschland ein demokratisches System aufzubauen, und damit in der klaren Ablehnung aller anderen Strukturen. Die folgenden Gesichtspunkte einer Erörterung können nach den Gesichtspunkten des Zusammenbruchs, der demokratischen Tradition und des Neuaufbaus sortiert werden:

- Das autoritäre, diktatorische System in seiner nationalsozialistischen Ausprägung hatte sich durch die Katastrophe selbst diskreditiert.
- Die Verbrechen des Nationalsozialismus wurden allmählich publik (Konzentrationslager, „Displaced Persons“).
- Von den Alliierten wurden die Hauptschuldigen zur Rechenschaft gezogen und bestraft (Nürnberger Prozesse).
- Die demokratische Tradition war nach „nur“ 12 Jahren Diktatur noch lebendig, viele Politiker der Weimarer Zeit lebten noch und konnten an die politische Arbeit von damals anknüpfen.
- Gerade diese Kontinuität aber ermöglichte auch, daß die Fehler der Weimarer Zeit korrigiert wurden (Parteiaufbau, besonders die Gründung der CDU als christliche Sammlungspartei im Gegensatz zum katholisch orientierten Zentrum).
- Die Strukturen der alten Parteien, besonders der Sozialdemokratie, waren noch intakt und konnten noch vor der eigentlichen Neugründung der Parteien wiederbelebt werden (Büro Schumacher der SPD in Hannover).
- Der Neuaufbau vollzog sich unter dem Eindruck des politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs, was eine wesentlich pragmatischere Politik begünstigte und programmatische Diskussionen in den Hintergrund treten ließ.

Die Hemmnisse liegen vor allem in der politischen und wirtschaftlichen Situation:

- Der Zusammenbruch des Staates führte bei vielen zu politischer Resignation und zu Passivität.
- Reine Überlebensfragen standen für die Mehrheit im Vordergrund (Hungerwinter 45/46).
- Die Maßnahmen der Siegermächte galten als aufgezwungen, oft auch als Rache, die darin liegenden Chancen wurden nicht gesehen. Dazu gehören vor allem die

Besetzung und die Aufteilung in Besatzungszonen , die Demontagen und die Maßnahmen zur Entnazifizierung .

- Schließlich sind aber bei den Hemmnissen noch die unterschiedlichen Auffassungen unter den Alliierten zu erwähnen, die vor allem eine einheitliche Entwicklung zur Demokratie auch tatsächlich verhindert haben. Die Begünstigung, die die Kommunisten (Gruppe Ulbricht ) in der SBZ erfuhren, führten unmittelbar zum Aufbau einer „Volksdemokratie“ sowjetischen Zuschnitts, während in den Westzonen ein parlamentarisch-pluralistisches Modell aufgebaut werden konnte.

Einen besonderen Aspekt stellt die Vertreibung dar. Unter dem Gesichtspunkt der Aufgabenstellung ist hier zu erwähnen, daß die (vor allem in die britische und amerikanische Zone strömenden) Vertriebenen nach einhelliger Auffassung kein Konfliktpotential bilden, sondern in die Gesellschaft integriert werden sollten. Diese Alternative sollte dargestellt werden, die Lösung des Vertriebenenproblems bestand in der vollen sozialen und politischen Integration (und wirtschaftlich in einer Entschädigungsleistung, dem Lastenausgleich).

Fortsetzung mit:           Wesentliche Schritte beim Wiederaufbau  
                                  Schwierige Ausgangsbedingungen

## Chancen eines demokratischen Neubeginns in Deutschland 1918/19 und 1945 bis 1949

Ein möglicher Ansatzpunkt zur Erörterung dieser Frage sind die Hypothesen, unter denen der demokratische Neubeginn 1918/19 stand und die dann die junge Republik mit zu Fall brachten. Ein anderer Ansatzpunkt ist die bereits hinreichend bekannte Unterteilung Politik – Wirtschaft – Gesellschaft. Hier könnte dann präziser gefragt werden, warum in politischer (etc.) Hinsicht die Demokratie nach dem 2. Weltkrieg größere Chancen hatte als 1918/19. Verfolgt man den ersten Ansatz, der immerhin konkretere Vorgaben macht, weiter, dann ergeben sich folgende Hypothesen:

- Enttäuschung über den Verlust der staatlichen Ordnung und
- Beharrung in obrigkeitstaatlichen Denkschemata;
- Nicht-Vollendung der (sozialdemokratischen) Revolution und
- Einschaltung der (antidemokratisch gesinnten) Reichswehr zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung;
- Beibehaltung der alten Macht- und Funktionseliten in Wirtschaft und Verwaltung,
- mangelnde Vertrautheit mit demokratischen Spielregeln,
- Versailler Friedensvertrag mit z. T. demütigenden, z. T. wirtschaftlich schwächenden Bedingungen,
- Fortdauer des Misstrauens gegenüber Deutschland.

Wesentlicher Punkt in diesem Katalog, der mitverantwortlich gemacht wird für den Aufstieg der NSDAP und schließlich für die Entfesselung des 2. Weltkriegs ist das Verhalten der Siegermächte, die das unterlegene Deutsche Reich im Friedensvertrag von Versailles wirtschaftlich und militärisch so weit schwächen wollten, dass es für alle Zukunft keinen neuen Krieg mehr führen konnte (Reparationen, Reduzierung der Armee, Besetzung und Entmilitarisierung). Außerdem war das Reich durch den Ausschluss vom Völkerbund auch außenpolitisch isoliert. Infolgedessen verlief die demokratische Entwicklung weitgehend unbeeinflusst vom Ausland. Freilich muss zum Auftreten des Rechtsextremismus in Deutschland bemerkt werden, dass in den meisten Staaten Europas, teils früher, teils später, gleichfalls autoritäre Strukturen sichtbar wurden, so dass die Demokratie weithin in die Defensive gedrängt war.

Demgegenüber traten die Alliierten nach der Beendigung des 2. Weltkriegs mit dem Ziel an, „dem deutschen Volk die Möglichkeit (zu) geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen“ (aus dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945). Ansatzpunkt hierfür war das Erlöschen der deutschen Reichsgewalt mit der Kapitulation am 8. Mai 1945 und die Übernahme der Regierungsgewalt durch die Alliierten. Die Bildung von neuen Regierungen auf allen Ebenen mitsamt der Abhaltung der jeweiligen Wahlen erfolgte den Zielen der Alliierten gemäß unter ihrer ständigen Kontrolle.

Parallel zum Aufbau unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Systeme in den jeweiligen Besatzungszonen ging deren Eingliederung in den politischen Block des Siegers vor sich – hier diktiert vom Willen der Sowjetunion, Osteuropa zu ihrem (politischen und gesellschaftlichen) Vorfeld zu machen, dort bestimmt vom Willen der Vereinigten Staaten und Englands, ihren Anteil an Deutschland zur eigenen Stärkung im Sinne ihrer gesellschaftlichen und politischen Vorstellungen aufzubauen.

Im Unterschied zur fortdauernden deutsch-französischen Konfrontation nach 1918, die auch den Versailler Vertrag wesentlich bestimmte, wurde nach anfänglichen Versuchen, Deutschland wieder zu schwächen, ab 1948 der Weg der Integration beschritten, zuerst im Montan-Bereich, schließlich gesamt-wirtschaftlich bis hin zur EG. Ausschlaggebend war hier die Einsicht, dass ein gegenseitiges Aufeinander-Angewiesensein bessere Chancen für eine friedliche Entwicklung bietet als eine fortgesetzte Abgrenzung.

Bestimmend für das Verhältnis der geistigen Elite zur Republik war die Tatsache, dass Hitler sowohl den preußischen Adel als auch einen Teil der Wehrmachtsoffiziere im Zuge der Racheakte für das Attentat vom 20. Juli 1944 auslöschen ließ. Andererseits gab es im Westen Deutschlands die politisch konservative Schicht der „Großagrarier“ nicht mehr, die nach 1918 auf der Seite der Gegner der Republik gestanden hatte. Schließlich aber war die Erfahrung über die unter dem nationalsozialistischen Regime angerichteten Greuelthaten eine so starke und nachhaltige Lehre, dass keine beschönigenden oder verherrlichenden Träumereien über die Qualität des verlorenen politischen Systems hatten aufkommen können.

Hinzu kommt bei der Rolle der Bundeswehr, dass sie in den demokratischen Verfassungsstaat eingebunden ist, mehr noch, dass ihre Internationalisierung im Rahmen der NATO von vorneherein jede politische Sonderexistenz verbietet.

Zum gesellschaftlichen Feld gehört auch die Rolle der Großindustrie und der Gewerkschaften, die sich heute die Waage halten: die eine nach dem Diktat der Sieger entzerrt, die andere als Einheitsgewerkschaft gestärkt, ist allen Unkenrufen zum Trotz kein derart massiver Einfluss des Großkapitals mehr auf die Politik möglich wie in der Zeit der ersten Republik.

Die wirtschaftliche Entwicklung geht parallel zum politischen Wiederaufbau. Um eine neuerliche Entgleisung der Volkswirtschaft zu verhindern, wurden Demontage und Reparationsleistungen aus den Westzonen 1947 eingeschränkt und 1950 eingestellt. Die Westmächte standen dabei auf dem Standpunkt, dass wirtschaftliche Stabilität die Voraussetzung für politische Stabilität sei. Groteskerweise war es aber gerade die Demontagepolitik, die den großzügigen Neuaufbau der westdeutschen Wirtschaft – z. T. mit Mitteln des Marshallplans – begünstigte, während der materielle Wert der Demontagegüter recht zweifelhaft blieb.

Ausgangspunkt für die Reparationen der Weimarer Republik war jedoch der Versailler Friedensvertrag mit der darin aufgestellten These von der Kriegsschuld Deutschlands. Da ein solcher Friedensvertrag nach dem 2. Weltkrieg nicht abgeschlossen wurde, blieb auch die Frage von Reparationen und Wiedergutmachungen in der Schwebe – Rechtsposition der Bundesregierung bis heute.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass mehrere Komponenten den Aufbau des demokratischen Lebens in den Westzonen und der Bundesrepublik bedingten:

- die Eingliederung in den politischen Block der Siegermächte, bald forciert durch den „Kalten Krieg“,
- der unbedingte Wille der Siegermächte, das politische und gesellschaftliche Leben in Deutschland nach ihren Vorstellungen zu prägen,
- die geschichtlichen Erfahrungen der Deutschen selbst mit Diktatur und Tyrannei.

Weiterhin aber dürfte auch die Neuorientierung der Weltpolitik nicht unwichtig gewesen sein, nach der man sich in Deutschland keinerlei Hoffnungen mehr hingeben konnte, jemals wieder „Weltpolitik“ im alten Stile treiben zu können. Diese Weltpolitik wurde künftig in Washington und in Moskau gemacht, Europa war ins Abseits gerückt und allenfalls noch Schauplatz geblieben.

Schließlich und endlich – und dieser letzte Punkt kann auch als Kritik an der bundesrepublikanischen Gesellschaft verstanden werden – wandte sich die Bevölkerung im Westen, nach den bitteren Erfahrungen der in Parteikämpfen sich windenden Weimarer Republik, der selbstgewählten oder nicht verhinderten Diktatur und dem eigenen Überlebenskampf in Krieg und Nachkriegszeit, von der Politik endgültig ab – und nicht nur von ihr, die den Charakter verdarb, sondern auch von der eigenen Geschichte. Den Schlagworten, die das politische Leben der ersten Republik zu zerreißen drohten, lief niemand mehr guten Gewissens nach – der Nationalismus hatte sich selbst disqualifiziert, der Sozialismus begann, in Osteuropa sein Gesicht zu enthüllen, von der Monarchie redete ernsthaft niemand mehr, Katholizismus und Protestantismus hatten ihre alte politische Aussage unter dem Druck der Nationalsozialisten zugunsten einer Aussage für den Menschen verloren – kurz, der Weg war frei zu den Massenparteien der heutigen Zeit. Masse aber war nicht länger ein Attribut des Proletariats, in ihrer Geschichtslosigkeit und im Verlust der politischen Sachlichkeit glichen sich alle Schichten der Bundesrepublik schnell einander an.